

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Sabine KERI, Mag. Patrick GASSELICH, Dr. Katarzyna GRECO, MBA, Mag. Laura SACHSLEHNER und Dr. Peter SITTLER eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 30.11.2021 zu Post 1 der Tagesordnung im Zuge der Debatte der VA 2022 & VA 2023 (Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen)

betreffend Bericht über ressortübergreifende Förderungen mit Frauen- & Mädchenschwerpunkt

Wien ist die Stadt der Frauen – so steht es im Koalitionsabkommen der Fortschrittskoalition. 51 Prozent der Wiener Bevölkerung ist weiblich. Die Frauen in unserer Stadt leisten tagtäglich wichtige Arbeit, sowohl im privaten Bereich, als auch im Beruf, aber auch weitere Themen wie Gleichberechtigung, Themen wie Gesundheitsvorsorge und auch Themen wie Gewalt beschäftigen Frauen und Mädchen.

Es ist wichtig und richtig, dass sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene, Vereine und Organisationen tätig sind, die Frauen und Mädchen Unterstützung anbieten, sie beraten und gegebenenfalls auch Schutz bieten. Viele dieser Vereinsförderungen aber auch Projektkosten fallen jedoch nicht ins Frauenressort.

Da Frauen die Hälfte der Bevölkerung darstellen, ist es selbstverständlich, dass es viele Schnittpunkte mit anderen Themen und Ressorts gibt. Um eine transparente Übersicht über Förderungen die Frauen und Mädchen zu Gute kommen, zu haben, bedarf es einem Bericht, der auch ressortübergreifende Förderungen bzw. Finanzierungen berücksichtigt.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaal, wird gebeten, im Rahmen des jährlichen Budgetvoranschlags einen Bericht über ressortübergreifende Frauen- und Mädchenförderungen in Zusammenarbeit mit betroffenen Geschäftsgruppen (Ressorts) bzw. Stellen des Magistrats dem Ausschuss vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird eine sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 30.11.2021






